

II-14137 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN  
GZ. 11 0502/118-Pr.2/94

1010 WIEN, DEN 21. Juni 1994  
HIMMELPFORTGASSE 8  
TELEFON (0222) 51 433

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

6458 IAB  
1994 -06- 21  
zu 6527 IJ

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen vom 22. April 1994, Nr. 6527/J, betreffend künftige Verwendung der Zollwachebeamten bei einem EU-Beitritt Österreichs, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 3.:

Zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung 5382/AB war für den Fall eines EU-Beitritts von einer Verringerung des Personalstandes an den künftigen Binnengrenzen um etwa 1.000 Beamte auszugehen. In einem Gespräch zwischen Vertretern meines Ressorts und dem Zentralauschuß / Zollwache am 6. Dezember 1993 wurde im Rahmen einer allgemeinen Diskussion über die Neuorganisation von Grenzschaufgaben unter anderem erwähnt, daß allein die ureigensten Zollagenden, die schon derzeit von den Organen der Zollwache wahrgenommen werden, mindestens 1200 bis 1600 Beamte auslasten würden. Zusätzliche Aufgaben wie Paß- und Grenzkontrolle, sicherheitspolizeiliche Kontrollen, Bekämpfung von KFZ-Verschleppungen, Bekämpfung des Suchtgiftschmuggels und die vielfältigen Verkehrsbeschränkungen sind dabei noch nicht berücksichtigt. Diese genannten Zahlen stehen mit der Frage der personellen Anpassung der Zollwache im Falle eines EU-Beitritts, der sich für die Zollwache primär im Westen auswirkt, aber in keinem Zusammenhang. Die Behauptung, daß das Bundesministerium für Finanzen davon ausgeht, daß von den derzeit rund 4300 Beamten nur mehr 1200 bis 1600 Beamte benötigt würden, ist daher nicht zutreffend.

Zu 2.:

Nach derzeitigen Schätzungen ist zum Beitrittszeitpunkt lediglich eine Verringerung der Zollwache an den Binnengrenzen um 380 Beamte notwendig, weil im Gegensatz zu früheren Annahmen zumindest die Öko-Punkte-Kontrollen und die Straßenverkehrsbeitragskontrollen bis 1997 von der Zollwache an den Binnengrenzen durchzuführen sind.

Zu 4.:

Die überwiegende Zahl der Beamten strebt eine weitere berufliche Verwendung als Wachebeamte an. Diejenigen Beamten, die Interesse am Übertritt in die Bundesgendarmerie haben, werden Übertrittsmöglichkeiten zu erleichterten Bedingungen erhalten. Die Zusatzschulung dieser Beamten wird durch das Bundesministerium für Inneres erfolgen.

Zu 5.:

Die am 11. November 1993 dem Bundesministerium für Finanzen übermittelte Resolution enthält folgende Forderungen:

- Zollwache wird Grenzpolizei mit umfassenden polizeilichen Agenden im gesamten Bundesgebiet unter Beibehaltung der Zollagenden
- Grenzpolizei bleibt/wird eigenständiger Wachkörper
- Verwendung von Wachebeamten auf allen Führungsebenen des Wachkörpers
- Beibehaltung bzw. Wiedererrichtung der "Gemischten Zollwachabteilungen"
- sofortige Einstellung der laufenden Pilotprojekte
- Leiter der Zollwachabteilung ist gleichzeitig Leiter der Grenzkontrollstelle und grundsätzlich zuständig für alle polizeilichen Agenden (gilt auch für Zollwachabteilungen bei Zollämtern 1. und 2. Klasse)
- unbedingte Sicherstellung des erforderlichen Personals auch für die Grenzüberwachung
- Stop sämtlicher Aktivitäten der Bundesministerium für Finanzen/Arbeitsgruppen bis zur Klärung dieser Resolution
- Sollte diese Resolution bis zum vorgegebenen Zeitpunkt zu keiner für die Zollwache zufriedenstellenden Lösung führen, sofortige Aufnahme von Verhandlungen der Bundessektion Zollwache für einen Wechsel des Wachkörpers ins Bundesministerium für Inneres (im Rahmen und mit Unterstützung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst)

Wie bereits zu 1. erwähnt, fand am 6. Dezember 1993 mit dem Zentrallausschuß / Zollwache ein Gespräch statt. Nachdem durch die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

- 3 -

eine Initiative erst im März 1994 gesetzt wurde, konnte mit dieser auch erst im März 1994 ein Gespräch stattfinden, in dessen Folge der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst unter Bedachtnahme auf die notwendigen Strukturanpassungen im Westen, das Ergebnis für die Zollwache als befriedigend bezeichnete.

Beilage

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Kaiser', is positioned to the right of the 'Beilage' label.

## BEILAGE

### ANFRAGE

1. Wie erklären Sie sich die unterschiedlichen Zahlenangaben in der Anfragebeantwortung von 17. Dezember 1993 und bei den Verhandlungen zwischen dem Zentralauschuß-Zollwache und Vertretern des Bundesministerium für Finanzen?
2. Um wieviele Beamte wird die Zollwache tatsächlich bei einem EU-Beitritt Österreichs verringert werden?
3. Wie wird die nunmehr im Vergleich zur Anfragebeantwortung 5382/AB auf ein Vielfaches gestiegene Zahl der nicht mehr benötigten Beamten eingesetzt werden?
4. Gibt es bereits jetzt Zollwachebeamte, die in Hinblick auf einen möglich EU-Beitritt Umschulungskurse besuchen und wenn ja, wieviele Beamte besuchen Umschulungskurse und welchen Beruf wollen sie danach ergreifen?
5. Welchen konkreten Inhalt hat die von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst an Sie übermittelte Resolution und wann wird es die in der Resolution geforderten Verhandlungen geben?